

Pressemitteilung 25/2016

Halle (Saale), den 21. Juni 2016

Bundesverfassungsgericht entscheidet richtig zu Draghis Anleihekäufen

Reint E. Gropp

Ich begrüße die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Der Gerichtshof hat der Europäischen Zentralbank (EZB) erlaubt, in einer Krise kurzfristige Staatsanleihen der Euro-Länder im Sekundärmarkt zu kaufen. Ich bin erleichtert, dass das Gericht erkannt hat, dass das Programm durch die ausstehende Menge an kurzfristigen Staatsanleihen begrenzt ist und ein ESM-Programm (ESM: Europäischer Stabilitätsmechanismus) vorhanden sein muss. Daher sind die Risiken für die Steuerzahler (in Deutschland und in anderen Euro-Ländern) überschaubar. Man darf nicht vergessen, dass jede Art von Geldpolitik ein Risiko für die nationalen Haushalte darstellt, da sie immer Gewinne oder Verluste der Zentralbank impliziert. Die Entscheidung zu diesem Zeitpunkt ist auch vor dem Hintergrund der anstehenden Entscheidung der Briten über den Verbleib in der Europäischen Union so wichtig und wird ein wenig zur Reduktion der gegenwärtigen Unsicherheit in den Märkten beitragen. Die Entscheidung erhöht die Glaubwürdigkeit der EZB und der gemeinsamen Währung.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
president@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

IWH-Expertenliste

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle](#) des IWH.

ohne Sperrfrist

Pressekontakt
Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Reint E. Gropp
president@iwh-halle.de

Wissenschaftliche Schlagwörter
Finanzmärkte, Europäische Union,
Euroraum, Europäische
Zentralbank, Europäischer
Stabilitätsmechanismus, Outright
Monetary Transactions,
Staatsanleihen

Aktueller Bezug
Entscheidung des Bundes-
verfassungsgerichts zum Anleihen-
kaufprogramm der Europäischen
Zentralbank

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 88 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.